

Stoppt den Krieg im Iran! Für eine lebendige Zukunft!

Yusuf Karaaslan, Sozialistische Linke

Der Krieg gegen den Iran ist kein regionaler Konflikt am Rand der Welt. Er steht im Zentrum einer globalen Auseinandersetzung um die neue Weltordnung, worin der US-Imperialismus immer stärker herausgefordert wird und absteigt. Getrieben von der ökonomischen, politischen und kulturellen Souveränitätsentwicklung des globalen Südens (nach 600 Jahren kolonialer Unterdrückung) wehren sich die USA zunehmend politisch, ökonomisch und militärisch und beschleunigen dabei in rasender Geschwindigkeit ihr Scheitern. Wir erinnern uns: Der selbsternannte „Friedenspräsident“ Trump, von deren Friedensdemagogie u.a. auch seine (Wieder-)Wahl abhing, bombardierte in seiner bisherigen Amtszeit den Iran nun zum zweiten Mal. Zuvor erfolgten völkerrechtswidrige Militärkampagnen in Venezuela, im karibischen Meer, in Ecuador, aber auch in Somalia, Niger, Jemen, Syrien und Irak. Neuste Drohungen gegen die fortlaufende kubanische Revolution, deuten an, die katastrophale ökonomische Kriegsführung gegen die kubanische Bevölkerung nun auf das militärische Feld auszuweiten. Bisher hat die kubanische Revolution CIA-Putsche, Militärinterventionen und trotz ökonomischer Gängelung ihre Errungenschaften ausbauen können. Der kubanische Sozialismus ist 90 Meilen vor der US-Küste ein unerträgliches Beispiel für die Möglichkeit einer humanen Alternative zum Imperialismus. Schaffen wir zwei, drei, viele Kuba!

Für eine Weltordnung aus einem Klassenstandpunkt: Das Völkerrecht als eine antifaschistische, von unten miterkämpfte, historische Konsequenz

So wie der 8-Stunden Tag, Arbeitsschutzgesetze sowie Mitbestimmungsrechte erkämpfte Errungenschaften sind trotz kapitalistischer Gesellschaften, so ist auch das Völkerrecht Ergebnis von weltweiten Klassenauseinandersetzungen, auf neuem Niveau seit der errungenen Befreiung der Menschheit von faschistischer Barbarei und Weltkrieg 1945. Während der bürgerliche Staat ein institutionalisiertes Regime an Konfliktregelungsmechanismen vorweist, existieren auf weltweiter Ebene weniger, aber durchaus beachtliche Regeln im Umgang von Staaten zueinander, dessen Durchsetzung und Weiterentwicklung wiederum von unserer Klasse abhängen. Daher lohnt sich eine tiefgehende Debatte darüber, dass das Völkerrecht in einem materialistisch-dialektischen Verständnis zu begreifen ist, also in einem widersprüchlich-umkämpften Feld, wie anhand der laufenden Klagen gegen Israel ausgehend von Südafrika am deutlichsten wird.

Auf Grundlage der atemberaubenden weltweiten Produktivkraftentwicklung steht die Verwirklichung von Menschen- und Völkerrecht global ganz oben auf der gesellschaftlichen Tagesordnung. In der UN-Charta ist folgendes als Entwicklungsauftrag der Völker gefasst: Die Schaffung und Behütung des Weltfriedens durch das absolute Friedensgebot und Gewaltverbot, Schaffung von auf Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker beruhende internationale Beziehungen, internationale Kooperation zur Überwindung von Problemen wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und humanitärer Art sowie die Realisierung der Menschenrechte. Weil diese notwendige Möglichkeit zunehmend ins Bewusstsein drängt und dafür globale Bewegungen sich aufmachen, dieses gemeinsam gefasste Welthumanisierungsprogramm zu erkämpfen – siehe die jüngste Sozial- und Freiheitsbewegung im Iran, die dem Völkermord widerstehende Bevölkerung Gazas, erweiterte Friedens- und Gewerkschaftsbewegung in der BRD, die antikoloniale Entwicklung in der Allianz der Sahelstaaten sowie die wachsende Solidaritätsbewegung mit dem sozialistischen Kuba – versuchen die USA diesen Geist wieder in die Flasche zu bekommen und stolpern dabei von Pyrrhussieg zu Pyrrhussieg, mit barbarischen Konsequenzen!

Weil die Souveränitätsentwicklung des globalen Südens von den Prinzipien der UN-Charta geleitet sind, versuchen die Herrschenden des Westens das Völkerrecht nun auch verbal loszuwerden und versucht der Trumpismus gar nicht mehr, seine imperialistischen Völkerrechtsbrüche legitimatorisch zu verkleiden (und Alternativen zur UN zu finden). So sind die aktuellen Auseinandersetzungen um eine neue Weltordnung auch Auseinandersetzungen um die Verwirklichung von Völker- und Menschenrecht. Nicht im Hoffen auf Regierungen oder Gerichte, sondern als Aufgabe der Völker und Bewegungen. Hervorzuheben ist, dass sowohl Venezuela als auch der Iran umfassende bi- und multilaterale Beziehungen als auch Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit China vorsehen. Die Angriffe sind möglicherweise noch stärker gegen den chinesischen Einfluss gerichtet, dessen Ölimporte zu 17-18% vom Iran abhängig sind und gleichzeitig 80-90% der iranischen Ölexporter ausmacht. Nicht ganz so drastisch, aber tendenziell ähnlich, verhält es sich im Ölhandel von Venezuela nach China.

Klassenpolitik - Spanien macht es vor

Statt diese geopolitischen Machtspiele mitzumachen, hat die spanische arbeitende Klasse erkämpft, dass in Spanien anders auf den Abstieg reagiert wird: Spanien war eines der vehementesten KritikerInnen innerhalb der EU gegenüber dem israelischen Genozid an der palästinensischen Bevölkerung. Spanien dementiert als NATO-Mitgliedsland offen das 5%-Ziel und hat jüngst den US-Kampfeinheiten die Nutzung ihrer Militärbasen für den Angriff auf den Iran verweigert. Die Risse im NATO- und EU-Block treten damit offen zu Tage und können Ausgangspunkt einer friedensbewegten Perspektive in Deutschland sein:

Eine der wichtigsten dieser Einrichtungen ist die **US-Airbase Ramstein in Deutschland**. Ramstein ist nicht nur ein Luftwaffenstützpunkt, sondern ein zentraler logistischer und kommunikationstechnischer Knotenpunkt für amerikanische Militäroperationen in Europa, Afrika und im Nahen Osten. Von hier aus werden militärische Transporte koordiniert, Kommunikationssysteme betrieben und Operationen unterstützt, die weit über Deutschland hinausreichen. Die Unterstützung militärischer Eskalationen – sei es politisch, logistisch oder infrastrukturell – trägt dazu bei, Konflikte zu verlängern und auszuweiten. Wir streiten für die sofortige Auflösung der NATO und ihre Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands und Chinas, das Abrüstung als ein zentrales Ziel hat.

Auswirkungen auf den Welthunger

Diese Entwicklungen haben in Kombination mit den Spekulationen auf den Finanzmärkten – nicht aufgrund realer Engpässe, sondern aufgrund von Erwartungen für die Zukunft – enorme Auswirkungen auf die Preise weltweit. Allein der Blick auf den Hunger zeigt die erschreckende Lage:

Laut dem Bericht des Welternährungsprogramms von 2026 stehen 318 Millionen Menschen mitten in der Hungerkatastrophe (mehr als doppelt so viele wie im Jahr 2019). Die Weltbank prognostizierte vor dem völkerrechtswidrigen Angriff auf den Iran, dass Lebensmittelpreise in diesem Jahr etwa 30 Prozent über dem Vorpandemie-Durchschnitt bleiben würden. Die Lebensmittel, von denen die Hungernden abhängen – Mais, Reis, Weizen, Cassava, Sorghum, Palmöl – sind in ihrer Preisentwicklung direkt an Energiepreise und Düngemittelmärkte gekoppelt. Doch Preise steigen nicht, sie werden erhöht! Deswegen intensivieren wir unseren Kampf gegen die Finanzmarktkapitalismus: Sozialisierung und Demokratisierung der Monopolkonzerne, das Verbot der

Finanzmarktspekulation, staatliche Preiskontrollen als erste Schritte hin zu einer bedarfs- statt profitorientierten Ökonomie.

Klassenstandpunkt heißt: Nein zu Sanktionen!

Am Beispiel des Irans wird deutlich, dass Sanktionen ein Mittel zur Kriegsführung sind. Die jahrzehntelangen Sanktionen (seit 1979) haben den diplomatischen Rahmen nicht gestärkt, sondern ausgehöhlt. Bereits im Jahr 2018 kündigte Trump das Atomabkommen, verschärfte Sanktionen unter einer “maximum pressure”-Kampagne. Die typische Sanktionsspirale, die von “individuellen” Sanktionen sich zunehmend hin zu gesamtwirtschaftlichen Sanktionen ausweiteten, führten schließlich nicht zu mehr kooperativen Aushandlungsprozessen, sondern zum Krieg. Die Sanktionen stärkten im Endeffekt die Revolutionsgarden, autoritäre Politik und schadeten vor allem der humanitären Lage. Vermeintliche humanitäre Ausnahmen sind eine Farce: Krebsbehandlungen mit Strahlentherapien sind im Iran aufgrund der sogenannten “Dual-Use”-Einstufung nicht möglich, da die medizinisch notwendigen Güter sanktioniert sind.

Die Gruppe der 77 – ein Zusammenschluss von sogenannten “Entwicklungsländern” – und China drückten bereits im Jahr 2004 in einer Resolution bei einer Zusammenkunft der United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD) ihre *„tiefe Besorgnis über die steigende Anwendung von ökonomischen Zwangsmaßnahmen und unilateralen Sanktionen gegen Entwicklungsländer“* aus, weil diese *„die ökonomische und soziale Entwicklung von vielen Entwicklungsländern ernsthaft beeinträchtigen, das Wohlbefinden von deren Bevölkerungen behindern und Hemmnisse für die Ausübung ihrer Menschenrechte schaffen“*.

Ähnlich lautend die Resolution 68/200 vom 20. Dezember 2013 die internationale Gemeinschaft dazu aufrief, die Verhängung solcher Maßnahmen als „politische und ökonomische Zwangsmittel gegen Entwicklungsländer zu verurteilen und abzulehnen“. Auch “individuelle” Sanktionen, also jene gegen Einzelpersonen und Führungspersonen, können nicht “die Richtigen” treffen, weil sie:

1. als Herrschaftsinstrument von anderen Mächtigen eingesetzt werden, Zwei-Drittel aller Sanktionen sind einseitige US-Sanktionen. Dabei sanktioniert die USA ein Drittel aller Länder. Vergangenes Jahr veröffentlichte das Lancet eine Studie, wonach die seit 1970 von den USA und der EU verhängten Sanktionen zu 38 Millionen Todesfällen führten.

2. Diese haben dennoch Auswirkungen auf die Bevölkerungen. Oftmals werden sie bei fehlendem Erfolg auch ausgeweitet und stellen nur den Beginn solcher Sanktionsregime dar (siehe Belarus).

Frieden gelingt durch Diplomatie, Völkerverständigung und internationale Solidarität als Klassengeschwister, nicht durch staatliche Machtpolitik. Bestrafung ist nicht nur in der Schule keine wirksame Pädagogik.